

Wir erinnern an die Nakba

النكبة يوم

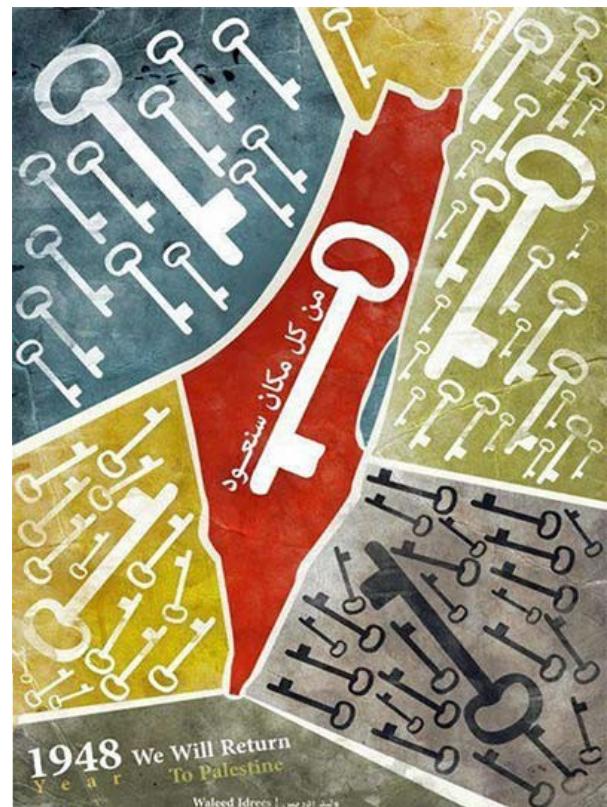
**Sonntag, 2. Juli 2023
18:00 bis 22:00
Schlossbergplatz Graz**

1947 bis 1949 vertrieben zionistische Milizen und Israels Armee 750.000 Palästinenser:innen, entvölkerten 11 Stadtviertel und zerstörten 430 Dörfer. Sie verfolgten einen Plan der systematischen ethnischen Säuberung, um einen rein jüdischen Staat zu schaffen. Das Ereignis nennen die Palästinenser:innen „Nakba“, große Katastrophe – eine Katastrophe, die bis heute andauert! Seit 75 Jahren enteignen die israelischen Regierungen palästinensisches Land, zerstören Häuser der Palästinenser:innen, vernichten ihre wirtschaftliche Grundlagen, entwurzeln ihre Olivenbäume und erweitern die völkerrechtswidrigen Kolonial-Siedlungen. Während jüdische Menschen aus der ganzen Welt nach Israel einwandern dürfen, verweigert die israelische Besatzungsmacht entgegen der UN-Resolution 194 noch immer die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen.

Die Lage in Palästina ist dramatisch. Die Existenz des palästinensischen Volkes ist unter der neuen rechtsextremen Regierung mehr gefährdet als je zuvor. Seit 75 Jahren leisten die Palästinenser:innen gegen dieses Unrecht Widerstand und halten an ihrem Recht auf einen eigenen Staat in ihrem Heimatland fest.

Um an die traumatische Erfahrung der Vertreibungen zu erinnern, ihr Recht auf Rückkehr einzufordern und ihren Protest gegen die ethnischen Säuberungen, Besatzung und Belagerung und Kolonialisierung ihres Landes und gegen Israels Politik der Apartheid zu zeigen, begehen die Palästinenser:innen und solidarische Menschen jedes Jahr am 15. Mai weltweit den „Nakba-Tag“.

Heuer zum ersten Mal auch in der UN-Vollversammlung. „Heute wird diese Generalversammlung endlich das historische Unrecht anerkennen, das dem palästinensischen Volk widerfahren ist, indem sie eine Resolution verabschiedet, die beschließt, des 75. Jahrestages der Nakba zu gedenken“, erklärte der palästinensische UN-Gesandte Riyad Mansour vor den Vertreter:innen der 193 UN-Mitgliedsstaaten. „Unser Volk verdient die Anerkennung seiner Notlage, Gerechtigkeit für die Opfer, Wiedergutmachung für seine Verluste und die Erfüllung seiner Rechte.“



PROGRAMM

- ♣ 18:00 bis 22:00
Ausstellung „Frieden ist möglich - auch in Palästina“
- ♣ ab 19:00
Musik von Hamza & Freunden
- dazwischen:
- ♣ Berichte von Menschenrechtseinsätzen in Palästina
- ♣ Palästinensische Gedichte
- ♣ Kurze Ansprachen



Steirische Friedensplattform
www.friedensplattform.at



النضال الشعبي مع الفلسطينيين

www.palaestinassolidaritaet.at

Krieg in der Ukraine:

Fehlender Friedenswille

Russlands Krieg in der Ukraine wird von uns scharf verurteilt. Wir erkennen aber auch nicht die antirussische Politik, die die NATO nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geführt hat. Friedenspolitisch vernünftig wäre es gewesen die ehemals kommunistischen Staaten Ostmitteleuropas, - wie es Gorbatschow versprochen wurde! - nicht in die NATO einzugliedern, sondern von Estland bis Bulgarien einen breiten militärisch neutralen Puffer zu bilden. Aber dazu hätte es friedenspolitisch weiser Politiker:innen gebraucht, die wir im Westen - anders als zur Zeit Willy Brands - nicht mehr hatten.

Die Ukraine ist kein ethnisch homogenes Land. Im Donbass und auf der Krim wird sie von einer russischen Mehrheit bewohnt. Daher warnten kluge Geostrategen schon vor Jahren, dass die Politik der USA zu einer Spaltung des Landes und zu einem neuen „Kalten Krieg“ führen wird. Der Krieg, den die Regierung in Kiew mit Unterstützung des Westens ab 2014 gegen die Ostprovinzen Donezk und Luhansk geführt hat, war als ukrainischer „Bürgerkrieg“ nur Vorspiel des großen Stellvertreter-krieges.

Auch das Scheitern des Minsk-II-Abkommens, war nicht nur die Schuld des Kreml. Viele Analysten sind sich einig, dass das Abkommen vor allem dazu diente, Kiew Zeit für eine starke Aufrüstung zu verschaffen und die Regierungen in Kiew - ermutigt durch NATO und EU! - wenig Interesse an seiner Umsetzung zeigten. Als gesichert gilt auch, dass die russisch-ukrainischen Friedens-verhandlungen Ende März 2022 in der Türkei eine deutliche Annäherung zwischen Moskau und Kiew gebracht hatten und es erst der Westen war, der Kiew vom Friedenskurs abbrachte.

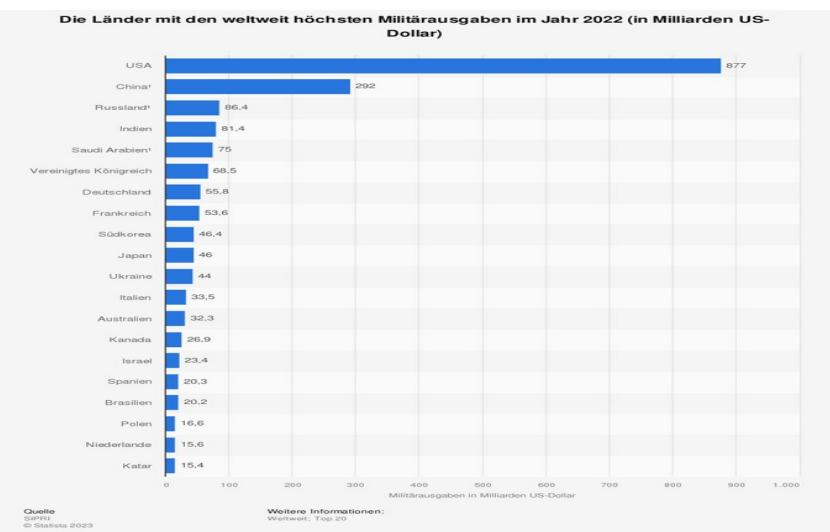
Auffallend ist das Fehlen westlicher Friedensdiplomatie. Ein Angebot „Stopp der Waffenlieferungen gegen Waffenstillstand“ bleibt aus. Es ist wohl nicht im Interesse der Politik und der Rüstungskonzerne!

Übrigens: Viele Kriege der letzten Jahrzehnte sind die Folge der neuen NATO-Strategie vom 24. April 1999. Mit ihr ging sie von ihrem Konzept der defensiven Ausrichtung und Achtung der staatlichen Souveränitäten weg und ermächtigte sich - getarnt als „humanitäre Intervention“ - zu kriegerischen Handlungen überall dort auf dem Globus, wo sie die Interessen vor allem der USA gefährdet sieht. Im völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien im wurde die Strategie erstmals umgesetzt.

Aktueller SIPRI-Bericht:

2.224 Mrd. \$ für Kriegsvorbereitung

Jedes Jahr veröffentlicht das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI einen umfassenden Bericht über das zurückliegende Jahr. 2022 sind die globalen Militärausgaben um weitere 3,7 % gestiegen. Mit Abstand an der Spitze liegen die USA mit 877 Mrd. US-Dollar (= 39%). Sie gaben zehnmal mehr aus als Russland (86,4 Mrd.\$). Die Gesamt-NATO investierte 55 % der weltweiten Militärausgaben. Geschuldet ist das u.a. der Verpflichtung ihrer Mitgliedstaaten mind. 2% ihrer Wirtschaftsleistung/BNP in ihr Militär zu investieren. Die EU-Staaten ziehen im Rahmen ihrer eigenen hegemonialen Bestrebungen mit. Auch China, Indien und die arabischen Golfstaaten haben stark aufgerüstet.



Die USA sind auch der mit Abstand größte Rüstungsexporteur. Sehr viele Waffen gingen 2022 in die Ukraine. Sie ist mit Ausgaben von 44 Mrd.-\$ an die 11. Stelle vorgerückt ist. Die Aktionäre der großen Rüstungskonzerne reiben sich die Hände. Die Führung in Kiew steht damit in einer kriegstreibenden Zwangslage: Gewinnt sie den Krieg kann sie sowohl die Kosten des Wiederaufbaus als auch die Aufrüstungsschulden von Russland einfordern. Verliert sie ihn, wird sie von den westlichen Waffenlieferanten zur Kasse gebeten.

Bedenken wir, vor welchen global gigantischen Herausforderungen wir stehen (Klimawandel, Artensterben, Verelendung, Hunger, Migrationszüge), so liegt der Schluss nahe, dass wir mit einer Politik der global organisierten Menschenverachtung und Verantwortungslosigkeit konfrontiert sind.

Das dürfen wir nicht länger hinnehmen!



Kontakt: friedensplattform@gmx.at

Spenden: **AT94 4300 0000 0005 2128**